



de **Kéisécker**

1/2008

D'KOALITIUNSAARBECHT AM BERÄICH ËMWELT AN NOHALTEGKEET:

15 Méint virun de nächste Legislativ-Wahlen:
Wat ass realiséiert ginn?
Wat misst nach geschéien?

Aktuelle Stellungnahme des Mouvement Ecologique

Gemengen-Emweltinfo Nr.1 / Februar 2008



5 453000 161014



15 Méint virun de nächste Legislativ-Walen: Wat ass realiséiert ginn?



Zesumme méi staark
Member sinn am
Mouvement Ecologique
www.oeko.lu

de **Kéisécker**

ZÄITSCHRÉFT FIR DE MËNSCH
A SENG ËMWELT
erausgi vum Mouvement Ecologique asbl
Lëtzebuerg, Tel.: +352 43 90 30-1,
Fax: +352 43 90 30-43
CCPL: LU16 1111 0392 1729 0000
meco@oeko.lu, www.oeko.lu

VERTRIEDER VUM
NATIONALE VIERSTAND

Präsidentin: Blanche Weber

Secrétaire: Laure Simon

Trésorier: Emile Espen

Sekretariat:

6, rue Vauban (Pafendall), Lëtzebuerg

Gréngen Telefon: +352 43 90 30-1

Permanence: Méindes bis Donnesches
8-12 a 14-17 Auer, Freides 8-12 Auer,
Nomëttes zou

Fir Mëmber ze ginn: Per Telefon
oder schrëftlech Statuten,
Dépliant a Bättrétsformular ufroen.

Cotisation: 40 Euro Eenzelmember,
60 Euro Haushaltsmemberschaft,
20 Euro Studenten an Aarbechtsloser.
De Kéisécker an de Kéisécker-Info
sinn an der Cotisation abegraff!

de Kéisécker 1/2007 März 2008

Oplo: 5.000 – Kënnst am Joer
mindestens 4 mol eraus

Präiss: Eenzelnummer 4,46 EURO

Drock: Imprimerie Watgen Luxembourg

Layout: www.cropmark.lu

Redaktiounsgrupp: Präsidium

Fotoën: Archiv Mouvement Ecologique.
D'Kopéiere vun Texter, Karikaturen a Fotoën
ass erwünscht, wann d'Quell ernimmt gët, a
mir déi Publikatiounen zougeschéckt kréien.
Am anere Fall hale mir eis d'Rechter vum
Copyright vir.

Es ist kein einfaches Unterfangen, eine objektive Bilanz der Regierungsarbeit im umweltpolitischen Bereich bzw. im Bereich der nachhaltigen Entwicklung durchzuführen. Derartige Analysen – vor allem in kurzer Form – stellen notgedrungen eine Vereinfachung der Situation dar.

Analysiert man die regierungsseitigen Initiativen im Verlauf der vergangenen Jahre, so kann man in groben Zügen Folgendes feststellen:

In der Person von L. Lux hat Luxemburg einen Umweltminister, der sich wie kaum ein vorheriger für eine konsequente Umweltpolitik und für eine nachhaltige Entwicklung einsetzt. Darüber hinaus scheint auch der rhetorische Stellenwert von nachhaltigen Fragestellungen in der Politik an Bedeutung gewonnen zu haben. Premierminister J.CI.Juncker erkennt z.B. zum ersten Mal ein Scheitern vorheriger Regierungen im Klimabereich an.

In manchen Bereichen sind außerdem eine ganze Reihe von Detail-Maßnahmen zu begrüßen, so u.a.

- es ist dem Umweltminister gelungen, alle Akteure an einen Tisch zu setzen, um eine Gesamtstrategie im Bereich "Naturschutz" zu entwickeln;
- es wurde ein Kyoto-Cent eingeführt, d.h. erstmalig eine gewisse Besteuerung vom Energieverbrauch aus Umweltsicht realisiert;
- die Einrichtung von sog. Naturwäldern wurde auf den Weg gebracht; seitens des Umweltministeriums wird das FSC-Label unterstützt;
- auf der Ebene der Landesplanung liegen u.a. erste Vorschläge für eine Klärung der Kompetenzen von Staat und Gemeinden vor; die regionale Zusammenarbeit ist in verschiedenen Regionen wie der "Nordstad", dem Südwesten der Stadt Luxemburg und dem Alzettetal dabei konkrete Realität zu werden;
- es wurden Förderprogramme im Bereich erneuerbare Energien sowie Altbausanierung / Bau von Niedrig- und Passivhäusern erstellt, die trotz einiger Mängel zahlreiche positive Elemente beinhalten;
- das Bautenministerium respektiert bei Neubauten verstärkt energetische Kriterien und führt eine Sanierung bestehender Gebäude durch;

- auf der Seite des Transportministeriums wurden u.a. Maßnahmen zur Verbesserung des Angebotes im Bereich des öffentlichen Transportes durchgeführt, ebenso wie Projekte im Güterbereich; die Mobilitätszentrale wurde installiert; der Bau von weiteren Schieneninfrastrukturen thematisiert u.a.m.;
- Luxemburg verfügt über eine Kyoto-Strategie, der Klimaaktionsplan wurde fortentwickelt und konkretisiert, einige Maßnahmen bereits in die Wege geleitet.

Diese positiven Akzente können jedoch nicht über Politikdefizite auf struktureller Ebene hinwegtäuschen. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die grundsätzliche Entwicklung der Luxemburger Gesellschaft (noch) nicht in Richtung "nachhaltige Entwicklung" tendiert und die Politik deren Herausforderungen nicht mit der erforderlichen Konkretheit aufzugreifen weiß.

Die Defizite sind nach Ansicht des Mouvement Ecologique gravierend:

- Derzeit wird z.B. davon ausgegangen, Luxemburg könne und solle bis zum Jahre 2030 ein **Wirtschaftswachstum** von 4% jährlich erreichen. 4% jährlich stellt eine Steigerung der Wirtschaftsleistung von mehr als 100% gegenüber heute dar (ohne den kumulativen Aspekt zu berücksichtigen). Wollen wir dies wirklich? Ist dies machbar? Werden die Grenzen der Belastbarkeit unserer natürlichen Umwelt, die Auswirkungen einer gestiegenen Mobilität u.a.m. nicht zu starken Einschränkungen unserer Lebensqualität führen? Ist ein solches Wachstum überhaupt mit der Idee einer nachhaltigen Entwicklung vereinbar? Es besteht de facto ein Widerspruch zwischen den Nachhaltigkeitszielen und dem Wirtschaftswachstum, wie es heute angestrebt wird.
- **Klimaschutz:** Luxemburg erstellt Plan nach Plan... versehen mit z.T. doch stark optimistischen Reduktionszielen. Dass diese ob einer wachsenden Bevölkerungszahl sowie des "erwünschten" **Wirtschaftswachstums** nicht erreichbar sind, wird schlichtweg ignoriert. Man wird den Eindruck nicht los, als ob in erster Linie der Umweltminister hinter den Klimaschutzzielen stehen würde, andere Ministerien jedoch, die in diesem Bereich ebenfalls gefordert sind, weitaus weniger.

Während Luxemburg der EU in Brüssel mitteilt, wir würden unsere CO₂-Emissionen um 28% bis 2012 gegenüber 1990 reduzieren, geht die gleiche Regierung davon aus, dass während den kommenden Jahren (Jahrzehnten) das Wirtschafts-Wachstum bei jährlich 4% liegen wird, dass u.a. also der Individualverkehr erheblich zunehmen wird u.a.m.... Wie diese divergierenden Ziele unter einen Hut gebracht werden können, wird nicht oder kaum thematisiert.

- Das Stichwort "Tanktourismus" steht symbolisch für eine Art "Scheuklappenpolitik". Jeder weiß, dass der Tanktourismus nicht nur unsere Kyoto-Bilanz gravierend verschlechtert, sondern mittelfristig aufgrund von EU-Harmonisierungsbestrebungen erheblich reduziert werden wird, ja sogar weg zu brechen droht. Trotzdem motiviert dies weder den Budget- noch den Finanzminister Strategien für einen graduellen Ausstieg

sowie evtl. Ausgleichsstrategien zu entwickeln... Es geht, redet man von Strategien zum Abbau der finanziellen Abhängigkeit Luxemburgs vom Tanktourismus, demnach nicht nur um eine Klimaschutzpolitische Fragestellung, sondern auch und sehr stark um Staatseinnahmen!

- Was die Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Politik der sektoriellen Ministerien anbelangt – und somit eine notwendige Kohärenz der Regierungspolitik – sind in dieser Legislaturperiode kaum Fortschritte zu erkennen. Ein Finanz- und Budgetminister äußert sich nicht zu einer nachhaltigen Steuerreform, ja nicht einmal wirklich zur durchgeführten Reform der Autosteuer. Auch der Bautenminister hat die Wörter "Kyoto und Klimaschutz" kaum in den Mund genommen ... Ein Mittelstandsminister sagt, er könne den IVL, an dem immerhin zwei Regierungen und

andere Akteure gearbeitet haben, nicht als Basis für seine Entscheidungen nehmen...

- Im Koalitionsabkommen wird in der Folge des IVL-Konzeptes ein "modal split" von 25% für den öffentlichen Transport gegenüber 75% für den Individualverkehr anvisiert. Die Frage ist, ob wir uns in der Praxis derzeit wirklich diesem Ziel annähern ... es gibt wohl Steigerungen im öffentlichen Transport, aber jene im Individualverkehr dürften weitaus höher sein. So werden theoretische Ziele gesetzt, deren Einhaltung aber nur begrenzt evaluiert wird.

Das Fazit des Mouvement Ecologique: Es wurden durchaus positive punktuelle Maßnahmen ergriffen bzw. Akzente gesetzt. Doch es ist noch ein sehr weiter Weg um den politischen Kurs und den Trend der gesellschaftlichen Entwicklung in Richtung nachhaltige Entwicklung zu orientieren.

15 Méint virun de nächste Legislativ-Walen: Wat misst nach geschéien?

Im Folgenden möchte der Mouvement Ecologique konkrete Anregungen geben, die seiner Überzeugung nach noch in dieser Legislaturperiode im Bereich nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden können und sollen. Die Anzahl der Forderungen mag auf den ersten Blick als recht hoch erscheinen. Doch: viele der vorgeschlagenen Maßnahmen sind im Koalitionsabkommen der aktuellen Regierungspartner vorgesehen und müssten seit längerem in Ausarbeitung sein. Im Übrigen sind unterschiedliche Ministerien von den verschiedenen Maßnahmen betroffen, so dass man durchaus erwarten kann, dass die Arbeiten für die jeweiligen Ressortminister "zumutbar" bleiben.

Der Mouvement Ecologique möchte deshalb Anregungen in folgenden 13 Bereichen darlegen:

- **Wesentliche Zukunftsfragen aufgreifen**
- **Organisationsstrukturen für die Zukunftsgestaltung vorbereiten**
- **Die nachhaltige Steuerreform endlich angehen!**
- **Das Ziel der "nachhaltigen Entwicklung" zügiger anstreben**
- **Klimaschutz konkret umsetzen**
- **Der Landesplanung einen konkreten Inhalt geben**
- **Neue Weichen in der Mobilität setzen**
- **Ökologie und Ökonomie stärker verknüpfen**

- **Konkrete umweltpolitische Maßnahmen treffen – Wasserschutz vorantreiben**
- **Akzente in der Zusammenarbeit von Landwirtschaft und Naturschutz setzen**
- **Endlich eine kohärente Denkmalschutzpolitik in die Wege leiten**
- **Demokratie vorantreiben**
- **EU-Entscheidungen und Debatten näher am Bürger gestalten.**



Luxemburg mogelt sich an wesentlichen Zukunftsfragen der Gesellschaft vorbei: Wie definieren wir Lebensqualität? Was bedeutet für uns der Begriff "Gerechtigkeit" (u.a. auch in Zusammenhang mit den Ländern des Südens)? Welches ökonomische Wachstum ist sinnvoll und wünschenswert? Leider entwickelt sich unsere Gesellschaft derzeit erst recht zaghaft in Richtung "Nachhaltigkeit" ... deshalb ist eine Debatte über grundsätzliche Fragestellungen unumgänglich.

Wesentliche Zukunftsfragen aufgreifen



Maßnahme 1 Wesentliche Zukunftsfragen stärker in die politische Debatte integrieren

Wie bereits angeführt, bedauert der Mouvement Ecologique zutiefst, dass nicht beachtet wesentliche Zukunftsfragen thematisiert werden, wie z.B.:

- Welches Wirtschaftswachstum ist wirklich anstrengenswert und machbar? Findet das Ziel der Lissabon-Strategie tatsächlich einen gesellschaftspolitischen Konsens?
- Wie definieren wir in Luxemburg Lebensqualität – Gerechtigkeit?
- Wie kann das Ansteigen der Mobilität mit der Notwendigkeit der Reduktion der CO₂-Emissionen, der Reduzierung des Landverbrauchs u.a.m verknüpft werden?

- Wie können die Indikatoren der nachhaltigen Entwicklung betreffend den Erhalt von Natur und Landschaft, die Reduktion des Landverbrauchs u.a.m. mit dem Wirtschafts- sowie dem Bevölkerungswachstum in Einklang gebracht werden?

Ohne die offene Thematisierung dieser grundsätzlichen Ausrichtung unserer Gesellschaft bleiben jede noch so gut gemeinten Initiativen im Bereich nachhaltige Entwicklung ein Tropfen auf den heißen Stein, ja, in einem gewissen Sinne reine "Makulatur".

Es versteht sich von selbst, dass die Regierung als Ganzes, die Mehrheitsparteien sowie alle gesellschaftlichen Akteure in diesem Bereich gefordert sind.

Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir morgen leben wollen: Welchen Stellenwert messen wir materiellem Reichtum bei? Welche Bedeutung attraktiven Landschaften, Naherholungsräumen, dem Erhalt unserer natürlichen Umwelt oder auch sozialen Räumen in unseren Siedlungen?





Derzeit wird bei Regierungsentscheidungen dem Konzept der "nachhaltigen Entwicklung" vielfach nicht Rechnung getragen. In Zukunft muß jede Entscheidung der Regierung vorher einem "Nachhaltigkeitscheck" unterliegen. Um ein effizientere Politik in Richtung Nachhaltigkeit zu gewährleisten, sollte die Aufteilung der Ressorts in der Regierung für die nächste Legislaturperiode jetzt schon bedacht werden.

Organisations-Strukturen für die Zukunft vorbereiten

Zahlreiche Reformen scheitern derzeit auch an der Frage der Strukturen. Deshalb sollten nach Ansicht des Mouvement Ecologique jetzt Nägel mit Köpfen gemacht werden, damit unter der kommenden Regierung z.T. effizienter im Bereich der nachhaltigen Entwicklung gearbeitet werden kann.

Maßnahme 2

Alle Regierungsentscheidungen auf ihre Kyoto-Verträglichkeit bzw. den Respekt der Kriterien der nachhaltigen Entwicklung überprüfen

In der Theorie bekennt sich wohl jedes Regierungsmitglied zum Klimaschutz und zur nachhaltigen Entwicklung. In der Praxis jedoch gelten leider häufig vermeintliche Sachzwänge, und bei diesen fallen allzu oft Entscheidungen, die "kyotoblind" sind und langfristige Nachhaltigkeitskriterien ausklammern.

Der Mouvement Ecologique erwartet, dass - wie bereits mehrfach zur Debatte stand - ein Raster dargelegt wird, welches die Regierung aber auch die Abgeordnetenkammer verpflichtet, bei jedweder Regierungsentscheidung kritisch zu hinterfragen, welche Konsequenzen das Projekt aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung sowie des Klimaschutzes haben würde. Diese Analyse der Regierungsentscheidungen müsste offen gelegt werden.

Zur nachhaltigen Entwicklung ist indirekt u.a. im Koalitionsabkommen zu lesen: "*Il sera veillé à la concordance des différentes planifications, globales voire sectorielles, à long terme entrepris par l'Etat.*"

Zur Umsetzung dieser Maßnahme sind vor allem der Staatsminister sowie der Umweltminister gefordert.

Maßnahme 3

In Vorbereitung der nächsten Legislaturperiode: Überlegungen zu einer effizienteren und sinnvolleren Ressortenteilung in der Regierung anstellen

Üblich ist in Luxemburg, dass erst während der Koalitionsverhandlungen über die Ressortenteilung und ggf. eine gewisse Neuordnung der Ministerien diskutiert wird. Allzu oft gewinnt man bei diesen "Debatten" nach Außen hin den Eindruck, als ob die Ressortenteilung der jeweiligen Regierungen nicht nur aufgrund einer rationellen Regierungsorganisation, sondern auch aufgrund von Parteiloyalität sowie persönlicher Wünsche der zukünftigen Minister erfolgen würde.

Allzu oft wird dann auch angesichts des Zeitdrucks der Koalitionsvereinbarungen die Chance verpasst, fundamentalere Fragen über eine möglichst effiziente Einteilung der Regierungsarbeit aufzuwerfen.

Nach Ansicht des Mouvement Ecologique sollten derartige Debatten deshalb unbedingt im Vorfeld der "heißen" Phase der Koalitionsverhandlungen in die Wege geleitet werden. Bereits zum aktuellen Zeitpunkt sollte die Regierung über eine effizientere Strukturierung der Ministerien diskutieren.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass es sinnvoll wäre folgende (neue) Ressortenteilung der Ministerien ins Auge zu fassen:

- **Schaffung eines einheitlichen Transportministeriums**, das verantwortlich steht für die Mobilitätsplanung (sowohl im Bereich öffentlicher Transport, wie auch Individualverkehr);

- **Schaffung eines Umwelt- sowie eines Energieministeriums**, die in Personalunion geführt werden: den Energiebereich in Zeiten von Kyoto dem Wirtschaftsministerium zu übertragen ist nicht sinnvoll;
- **Schaffung eines "Ministère de l'urbanisme, du développement rural et du logement"**, statt einer Verzettelung dieser zentralen Themen auf die Ministerien für Landwirtschaft, Inneres und Landesplanung;
- **Bildung eines Ministeriums für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit**;
- **Reform des Innenministeriums**, das ein regelrechter Partner der Gemeinden werden muss;
- **Integration des Wasserwirtschaftsamtes in das Umweltministerium.**

Darüber hinaus sollte die **Personaldecke** verschiedener Ministerien überdacht werden. Wer z.B. das Koalitionsabkommen im Bereich Landesplanung liest, erkennt sofort, dass - losgelöst von allen sonstigen Problemen - das vorgesehene enorme Arbeitsvolumen nicht von den wenigen Beamten leistbar ist.

Vor allem der Staatsminister sowie die Mehrheitsparteien sollten eine Initiative in diesem Sinne ergreifen.

Maßnahme 4 Zentrale Verwaltungen des Umweltministeriums reformieren

Der Mouvement Ecologique bedauert zu tiefst, dass folgende Reformen zwar z.T. im Koalitionsabkommen angekündigt wurden, eine Umsetzung derzeit jedoch nach Außen noch nicht erkennbar ist:

- Luxemburger Umweltverwaltung reformieren

Luxemburgs Umweltverwaltung verfügt über eine Struktur, die seit langem nicht mehr zeitgemäß ist.

- Diese Verwaltung zeichnet sich aus durch eine zu sektorielle Vorgehensweise: statt eines integrierten Umweltschutzes ist die Verwaltung nach wie vor unterteilt in verschiedene Bereiche wie Abfall, Luft usw. Dies widerspricht der heutigen Sichtweise eines integrierten Umweltschutzes, bei welcher weitaus stärker auf Vernetzung der verschiedenen Bereiche gesetzt wird.

- Es gibt gemäß Gesetz betreffend die Organisation der Umweltverwaltung derzeit keine Energieabteilung in der Verwaltung!

- Zudem ist die offensive Rolle der Verwaltung stark unterentwickelt: Betriebe werden kaum angesprochen um außerhalb von Betriebsgenehmigungen gezielte Maßnahmen durchzuführen; es gibt nach wie vor kaum Oeko-Audits in Luxemburg; gezielte Förder- und Beratungsprogramme werden kaum entwickelt; Informationskampagnen seitens der Verwaltung finden kaum statt u.a.m.. Doch auch die Kontrolle von Auflagen bei Betrieben erfolgt nur sehr bedingt. Somit reduziert die Verwaltung ihre Aufgabe zu sehr auf Genehmigungsprozeduren. Auch dies widerspricht den Anforderungen, die heute an eine moderne Verwaltung gestellt werden.

Deshalb war die Reform der Umweltverwaltung auch im Koalitionsabkommen der jetzigen Regierung vorgesehen. Seit Beginn der Legislaturperiode wird scheinbar daran gearbeitet, Resultate sind jedoch nicht bekannt. Der Mouvement Ecologique begrüßt zwar, dass gemäß Aussagen des Umweltministers zu Beginn der Legislaturperiode die Umweltverwaltung ihre eigenen Vor-

stellungen zur Reform entwickeln sollte. Wo bleiben jedoch die entsprechenden Schlußfolgerungen? Gemäß Mouvement Ecologique sollte externer Sachverstand und das Know-How gut funktionierender ausländischer Behörden bei der Reform herangezogen werden.

- Reform der Forstverwaltung

Auch wenn Streitigkeiten um die Interpretation von Artikel 17 etwas beigelegt werden konnten, ist somit dem offensiven Naturschutz noch kaum weitergeholfen. Hier drängt sich weiterhin eine weit reichendere Reform der Forstverwaltung, u.a. was den Naturschutz anbelangt, auf.

Im Übrigen sind auch entsprechende Absichtserklärungen im Koalitionsabkommen enthalten (Umweltministerium): *"Le Gouvernement réorganisera le Ministère compétent et les administrations rattachées, afin de leur permettre d'exécuter leurs missions et attributions selon les règles de fonctionnement d'un service public moderne et efficace. Les objectifs fixés du département de l'environnement, dont la fonction de conseil et d'assistance, notamment envers les entreprises, seront réalisés. En plus le Gouvernement mettra en œuvre un partenariat avec tous les acteurs impliqués en la matière (communes et syndicats des communes, ONG, Fondations, entreprises, etc.), tout en assurant une coordination nationale."*

In diesem Bereich ist der Umweltminister gefordert, noch in dieser Legislaturperiode konkrete Reformvorschläge auf den Tisch zu legen und ggf. durchzuführen!

Maßnahme 5 Verkehrsverbund grundsätzlich aufwerten

Viele Erwartungen ruhten auf dem Verkehrsverbund. Die Bilanz dieser Struktur ist bis dato jedoch noch nicht ganz zufrieden stellend. So positiv zwar die Einrichtung der Mobilitätszentrale mit u.a. einer Fahrplaninformation via Internet ist (leider nicht grenzüberschreitend), so negativ ist es, dass darüber hinausgehende Maßnahmen noch nicht in der erforderlichen Form ergriffen werden konnten. Hierzu gehören u.a.:

- offensive Vorgehensweise, z.B. um Mobilitätspläne für Gemeinden, Aktivitätszonen und Betriebe zu initiieren;

- Mobilitätskonzepte für "Events" (vom Dorffest bis zu nationalen Veranstaltungen) mit Kombi-Tickets u.ä.;

- stärkere Beteiligung des Verkehrsverbundes an der Gestaltung der Fahrpläne / stärkere Beteiligung der Kunden / Organisation von regionalen Verkehrskonferenzen;

-

Die Probleme, um aus dem Verkehrsverbund ein schlagkräftigeres Instrument zu machen, entstehen vor allem aufgrund unangepasster Strukturen und Ressourcen.

Deshalb sollten

- die Kompetenzen des Verkehrsverbundes (auch der Direktion) ausgebaut werden: u.a. bei Änderungen der Bus- und Zugfahrpläne sollte die Stellungnahme des Verbundes obligatorisch eingeholt werden müssen;

- die personellen und finanziellen Mittel müssen substantiell aufgestockt werden.

In diesem Bereich ist der Transportminister gefordert, noch in dieser Legislaturperiode konkrete Reformschläge auf den Tisch zu legen und ggf. durchzuführen!



Ein konsequenter Umwelt- und Naturschutz braucht auch hocheffiziente Verwaltungen, ebenso wie z.B. eine gute Mobilitätsplanung. Deshalb sollten u.a. die Umwelt- und Forstverwaltung reformiert sowie der Verkehrsverbund deutlich aufgewertet werden.



In Luxemburg sollte noch in dieser Legislaturperiode von den Ministern für Budget bzw. Finanzen ein Konzept für eine nachhaltige Steuerreform vorgelegt werden. Ein solches Gesamtkonzept muss selbstverständlich sozialverträglich und einkommensneutral sein, stellt jedoch eine unabdingbare Weichenstellung für eine nachhaltige Gesellschaft von morgen dar.

Nachhaltige Steuerreform endlich angehen!



Maßnahme 6
Aktionsplan "nachhaltige Steuerreform" mit Berücksichtigung der Tanktourismusproblematik erstellen – Bestehende Subventionspraktiken überdenken

Es ist geradeweg als Hohn zu bezeichnen, dass – nachdem u.a. der Premier bereits vor Jahren eine entsprechende Studie des Mouvement Ecologique durch das Wuppertaler Institut für Klima, Energie, Umwelt ausdrücklich begrüßte, nachdem die Idee dieser Reform gar mehrfach im Koalitionsabkommen vereinbart wurde – sich in dieser Legislaturperiode weder der Budget- noch der Finanzminister zum Thema äußerten. Lediglich der Umweltminister versuchte Initiativen zu ergreifen ...

Auch wenn nun sicherlich in dieser Legislaturperiode keine nachhaltige Steuerreform mehr durchgeführt werden kann, sollte das Budget- und das Finanzministerium eine Analyse zur Ökologisierung des Steuersystems in Auftrag geben und prozesshaft mit den Akteuren aus Wirtschaft, Sozialem und Ökologie diskutieren.

Ebenso sollte untersucht werden, wie die Problematik des Tanktourismus angegangen werden kann. Denn Fakt ist, dass diese Einnahmen in der jetzigen Form aufgrund von EU-Beschlüssen mittel- bis langfristig wegbrechen werden. Je eher sich Luxemburg dieser Situation stellt und sich darauf vorbereitet, umso besser werden wir damit umgehen können.

Des Weiteren sollte der Staatshaushalt auf Subventionspraktiken hin untersucht werden, die den Vorgaben der nachhaltigen Entwicklung widersprechen. Denn häufig gibt der Staat aufgrund veralteter Subventionspraktiken, die nie hinterfragt wurden, Gelder für Initiativen aus, die weniger sinnvoll sind.

Sowohl die Steuerreform als auch die Überarbeitung der Subventionspraktiken tauchen immer wieder in diversen Koalitionsaufkommen auf, harren aber ihrer Umsetzung.

Gefordert sind vor allem der Budget- und der Finanzminister, in Kooperation mit betroffenen Ministerien, Reformvorschläge auf den Tisch zu legen und die Debatte zu fördern.





Derzeit gilt das Bruttosozialprodukt als Gradmesser des Wohlstandes in einem Land. Dies ist sicherlich in dieser Ausschließlichkeit nicht mehr angebracht: ein höheres Bruttosozialprodukt ist nicht mit einem Mehr an Lebensqualität oder nachhaltiger Entwicklung gleichzusetzen. Deshalb sollen die Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung aufgewertet werden. Diese umfassen weitaus mehr Aspekte (vom Erhalt von Natur und Landschaft bis hin zum Bildungsgrad der Bevölkerung).

Das Ziel der "nachhaltigen Entwicklung" zügiger anstreben!

Maßnahme 7
Strukturelle Reformen auf dem Wege zur nachhaltigen Entwicklung in die Wege leiten

Auf der Ebene der nachhaltigen Entwicklung liegt so manches im Argen. An dieser Stelle seien vor allem folgende drei zentralen Initiativen angeführt, die noch in dieser Legislaturperiode ergriffen werden sollten:

- Nachhaltige Entwicklung in der Verfassung verankern

Seit zig-Jahren wird an der Verankerung der Ökologie / der nachhaltigen Entwicklung in der Verfassung gearbeitet. In diesem Bereich sollten nun endlich Nägel mit Köpfen gemacht werden. Auch wenn der jetzige Vorschlag der Abgeordnetenkammer aus der Sicht des Mouvement Ecologique nicht weitreichend genug ist, sollte dieser doch umgehend umgesetzt werden.

Aussagen in diesem Sinne finden sich ebenfalls im Koalitionsabkommen (Umweltministerium): *"Le Gouvernement se prononce en faveur de l'ancrage constitutionnel de la protection de l'environnement par référence au développement durable tel que défini par la loi."*

Die Regierung sollte die Abgeordnetenkammer erneut auf die Bedeutung dieser Reform aufmerksam machen.

- "Task Force" nachhaltige Entwicklung und Indikatorensystem aufwerten

Zwar gibt es auf Regierungsebene eine sogenannte "Task force nachhaltige Entwicklung", was aber bis dato deren Entscheidungen, Überlegungen usw. sind, ist kaum bekannt. In diesem Sektor müsste unbedingt für mehr Transparenz gesorgt bzw. darüber nachgedacht werden, wie diese Struktur optimiert werden kann.

Der Staats- sowie der Umweltminister sollten hier für mehr Transparenz sorgen.



Die nachhaltige Entwicklung, der Erhalt von Natur und Umwelt sind bisher nicht ausdrücklich in der Luxemburger Verfassung verankert. Wie im Koalitionsabkommen versprochen, sollte dieses Manko noch in dieser Legislaturperiode behoben werden.

- Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung aufwerten

Außerdem gälte es endlich die Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung aufzuwerten (wie auch im Koalitionsabkommen angekündigt). Während das PIB nach wie vor als Gradmesser des Wohlstandes figuriert, verstauben die Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung eher in den Schubladen der Regierung. Eine Abstimmung mit den Lissabon-Indikatoren drängt sich zudem auf.

Zitiert sei in diesem Zusammenhang ebenfalls aus dem Koalitionsabkommen: *"La publication régulière et une extension du système des indicateurs du développement durable seront réalisées."*

Der Umwelt- und der Wirtschaftsminister müssten sich hier endlich an einen Tisch setzen und z.T. gemeinsame Kriterien erstellen. Am Umweltminister ist es, ggf. gemeinsam mit dem Staatsminister, die Indikatoren für eine nachhaltige Entwicklung stärker nach Außen zu tragen.



So wie das "Statec" u.a. die ökonomische Entwicklung Luxemburgs analysiert, müsste es auch eine Struktur geben, die regelmäßig bilanziert, inwiefern in Luxemburg die Ziele der nachhaltigen Entwicklung erreicht werden. Im Koalitionsabkommen im Bereich "Umwelt" war die Einsetzung eines "établissement public" vorgesehen. Dieses sollte eingesetzt werden. Denn es ist wichtig kontinuierlich zu überwachen, in welchem Sinne sich unsere Gesellschaft entwickelt.

- Bestandsaufnahme betreffend die "nachhaltige Entwicklung"

Im Koalitionsabkommen ist ein Gremium vorgesehen, das Informationen auf der Ebene der nachhaltigen Entwicklung sammelt und wertet. Diese Aussage des Koalitionsabkommens unterstützt der Mouvement Ecologique – sie sollte umgesetzt werden: *"Une structure de recherche apte à centraliser ces informations, les évaluer et en analyser la signification et les conséquences devra dès lors être mise en place sous le régime d'un établissement public. Il pourra s'agir d'un établissement existant déjà à l'heure actuelle, dont les attributions précises seront modifiées et complétées en vue de pouvoir assumer sa mission. Etant chargé d'une mission d'analyse et de proposition de nature transversale et touchant l'ensemble des départements ministériels, cette structure sera placée sous l'autorité du Ministre d'Etat."*

Maßnahme 8 10 relevante öffentliche Ausschreibungen modellhaft nach Nachhaltigkeits-Kriterien orientieren!

Es ist gewußt: der Staat ist einer der Hauptauftraggeber im Land und kann durch die Berücksichtigung ökologischer und sozialer Kriterien bei Ausschreibungen deutliche Akzente im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung setzen.

Entsprechend wird die Bedeutung von ökologischen und sozialen Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen auch immer wieder u.a. im Rahmen der Lissabon-Strategie, des Klimaschutzaktionsplanes usw. als unerlässlich für eine nachhaltige Entwicklung angeführt.

Wohl berücksichtigt das Bautenministerium beim Bau seiner neuen Gebäude verstärkt energetische Kriterien und auch ein ökologischer Leitfaden wurde erstellt. Diese Tatsache ist sicherlich positiv zu werten. Darüber hinaus aber erwartet der Mouvement Ecologique, dass weitere zentrale öffentliche Ausschreibungen als "marchés publics types" vorgelegt werden, die ebenfalls von Gemeinden und sonstigen Akteuren als Basis übernommen werden können.

Entsprechend wird die Bedeutung der Lastenhefte aus der Sicht der nachhaltigen Entwicklung auch in diversen Regierungstexten hervorgehoben. Zentral erachtet der Mouvement Ecologique modellhafte Ausschreibungen wie

- Bioprodukte in öffentlichen Kantinen
- Grüner Strom im öffentlichen Netz
- Optimierte Fahrzeugflotte aus ökologischer Sicht
- Renovation oder Neubau von öffentlichen Gebäuden nach Niedrig- und Passivbaustandard sowie mit ökologischen Baumaterialien
-

In diesem Zusammenhang ist das Bautenministerium gefordert mit dem Umweltministerium und den betroffenen Ministerien modellhafte Lastenhefte aufzustellen.



Bei öffentlichen Ausschreibungen müssen weit aus stärker als bisher, soziale und Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt werden. Dies reicht vom "Grünen Strom" für öffentliche Haushalte bis hin zu Bioprodukten für staatliche oder parastaatliche Kantinen.



In Luxemburg steigen die CO₂-Emissionen, auch außerhalb des Tanktourismus weiterhin an. Auch der Umweltminister müsste gewährleisten, dass über diese problematische Situation endlich offen diskutiert wird.

Klimaschutz konkret umsetzen

In der Luxemburger Klimastrategie sind einzelne Maßnahmen aufgelistet, an deren Umsetzung wohl derzeit auch gearbeitet wird. Diese seien im Folgenden nicht alle erneut aufgelistet. Hervorgehoben seien jedoch vor allem folgende zentrale Forderungen, die vielleicht weniger thematisiert werden:

Maßnahme 9
Runden Tisch "Klimaschutz" einsetzen – Klimastrategie interministeriell angehen und die Herausforderung "Post-Kyoto" stärker thematisieren

Luxemburg verfehlt seine Klimaschutzziele derzeit auf gravierende Art und Weise, und dies nicht nur aufgrund des Tanktourismus. Auch in den anderen Sektoren – Individualverkehr, Wohnen und Bauen... – zeigen die CO₂-Emissionen nach oben. Reaktionen auf diese verheerende Entwicklung sind nur begrenzt in den politischen Kreisen erkennbar. Auch das Thema, wie das Bevölkerungswachstum oder aber das Ansteigen des Individualverkehrs mit Kyoto in Einklang gebracht werden kann, wird – wie bereits mehrfach hervorgehoben – nicht angegangen.

Der Mouvement Ecologique tritt ein für

- die Einsetzung eines Runden Tisches "Klimaschutz" mit allen Akteuren, in dem diese Thematik – auch des Nicht-Respektes der Kyoto-Ziele – offensiv besprochen wird;
- eine verstärkte ministerienübergreifende Zusammenarbeit; auch andere Ministerien als jene der Umwelt müssen sich endlich mit der Thematik auseinandersetzen; die Erstellung eines nationalen Biomasse-Aktionsplanes ist überfällig;
- eine Thematisierung der Post-Kyoto-Strategie: Was wurde bis dato erreicht? In welchen Sektoren verfehlen wir die Ziele? Wie können wir Post-Kyoto gerecht werden?

Hier ist das Umweltministerium gefordert, die Initiative zu übernehmen, wobei die Kooperation aller Ministerien unerlässlich ist, dies mit der konsequenten Unterstützung des Premierministers.

Maßnahme 10
Energieberatungs-offensive bei Berufskreisen, Öffentlichkeit und Gemeinden durchführen – Energieagentur grundlegend reformieren

Luxemburg hat nunmehr neue Förderprogramme im Bereich erneuerbare Energien, Altbausanierung, Passiv- und Niedrigbauweise erstellt. Losgelöst davon, dass bei den entsprechenden Reglementen ein gewisser Nachbesserungsbedarf besteht, begrüßt der Mouvement Ecologique deren Verabschiedung jedoch grundsätzlich. Allerdings gibt es ein erhebliches Defizit in Luxemburg auf der Ebene der Beratung.

Es gibt hierzu mehrere Gründe: die notwendigen Beratungsstrukturen wurden nicht aufgebaut, die Weiterbildung der betroffenen Berufskreise nicht konsequent genug angegangen und nicht zuletzt ist es der Situation nicht gerade zuträglich, dass die Kompetenzen auf 3 Ministerien verteilt sind.

Umwelt-, Wirtschafts- und Wohnungsbauministerium müssen endlich gemeinsam gewährleisten, dass:

- statt einer Vielzahl sich überschneidender Informationsbroschüren, Internetsites usw. der verschiedenen Ministerien **eine homogene Informationskampagne** zum Thema Energiesparen, erneuerbare Energien, Altbausanierung sowie Niedrig- und Passivbauweise stattfindet;
- **qualifizierte Energieberater** ausgebildet werden, deren Berufsbild geschärft wird;

- die **Weiterbildung** der Betroffenen weitaus offensiver angegangen wird: so manches Programm hat nur dann eine Chance, wenn die Handwerker sie nicht nur umsetzen können, sondern auch aktiv promovieren;
- die **Beratungsstrukturen** für Privatpersonen und Betriebe massiv ausgebaut werden;
- eine **unabhängige Energieberatungsstruktur** geschaffen wird – als Fortentwicklung der "Energieagentur" –, die eine substantielle Aufstockung ihrer Gelder seitens des Staates kannte. Es gilt festzulegen, welches die Verantwortung einer derartigen zentralen Struktur ist, welches die Aufgaben von dezentralen Akteuren und welche jene von Gemeinden und privaten Akteuren. Zitiert sei in diesem Zusammenhang im Übrigen aus dem Koalitionsabkommen (Umweltministerium): *"Une réorientation et une restructuration de l'Agence de l'Energie dans le sens d'une plus grande indépendance du secteur électrique, permettront d'assurer entre autre une instance de coordination pour les programmes étatiques envers les communes."* und weiter:

"Le Gouvernement entend promouvoir la formation des professionnels du bâtiment et créera de façon progressive un réseau de conseillers énergétiques communaux et régionaux, en collaboration avec l'Agence de l'Energie réformée."

In diesem Zusammenhang könnte auch eine rasche und effiziente Abwicklung der Förderprogramme im Bereich "erneuerbare Energien" sowie Altbausanierung und Niedrig- und Passivbauweise erfolgen. Hier bleibt in der Tat noch so manches zu tun.

Gemeinsam sollten die drei betroffenen Ministerien deshalb eine kohärente gemeinsame Strategie entwickeln.



Die sektoriellen Pläne für Mobilität, Aktivitätszonen, Wohnen und geschützte Landschaften werden die Zukunftsgestaltung Luxemburgs in erheblichem Ausmaß prägen. Umso wichtiger ist eine Offenlegung der Entwürfe und eine öffentliche Diskussion.

Der Landesplanung einen konkreten Inhalt geben

Im Koalitionsprogramm werden im Kapitel "Landesplanung" eine Vielzahl an Maßnahmen angekündigt. Es ist somit ein Ding der Unmöglichkeit in diesem Dokument alle Maßnahmen anzusprechen, auch nicht all jene, die nunmehr im Rahmen der "réforme territoriale" oder des "pacte logement" zur Debatte stehen und durchaus noch in dieser Legislaturperiode angegangen werden sollen (Es ist nicht sinnvoll an dieser Stelle auf Detailspekte eines Gesetzes einzugehen).

Der Mouvement Ecologique erwartet im übrigen mit Spannung das angekündigte Monitoring des IVL-Konzeptes: Was ist erreicht worden? Wo sind Defizite? Wo besteht aktueller Handlungsbedarf?

Folgende grundsätzliche Punkte seien jedoch spezifisch erwähnt:

Maßnahme 11
Den Entwurf der sektoriellen Pläne Mobilität – Aktivitätszonen – Wohnungsbau und geschützte Landschaften zur Diskussion stellen

Sie stehen als eine der Grundpfeiler im Koalitionsabkommen der Regierung: die sogenannten sektoriellen Pläne in der Landesplanung. Die Gefahr ist groß, dass – angesichts der näher rückenden Wahlen und der Befürchtungen, dass "kengem méi op d'Féiss soll getreppelt ginn" – diese nicht mehr vorgelegt werden. Dabei sind sie in mehrfacher Hinsicht von zentraler Bedeutung für die Entwicklung des Landes.

Der Mouvement Ecologique erwartet, daß

- umgehend Begleitgruppen in Zusammenhang mit der Erstellung der Pläne eingesetzt werden, die sich aus den verschiedenen interessierten Akteuren zusammensetzen sollten;

- hierbei ein Konsens über die grundsätzliche Ausrichtung der sektoriellen Pläne hergestellt wird (Detaillierungsgrad u.a.m.), um somit u.a. die notwendige Akzeptanz zu schaffen;
- alle Akteure über den jetzigen Stand der Pläne informiert werden, u.a. auch damit Gemeinden bereits Elemente der sektoriellen Planungen in ihre Überlegungen betreffend die neuen Bebauungspläne mit einbeziehen können (diese müssten ja für 2010 fertig gestellt sein...);
- die Pläne noch vor Winter dieses Jahres alle offen gelegt und diskutiert werden können.

Im übrigen war auch die kurzfristige Vorlegung dieser sektoriellen Pläne im Koalitionsabkommen explizit festgehalten.

Zitate gibt es hierzu zahlreiche, so u.a.:

Transportministerium: "Le Gouvernement accordera dans le contexte de la gestion du trafic une priorité à l'établissement du Plan

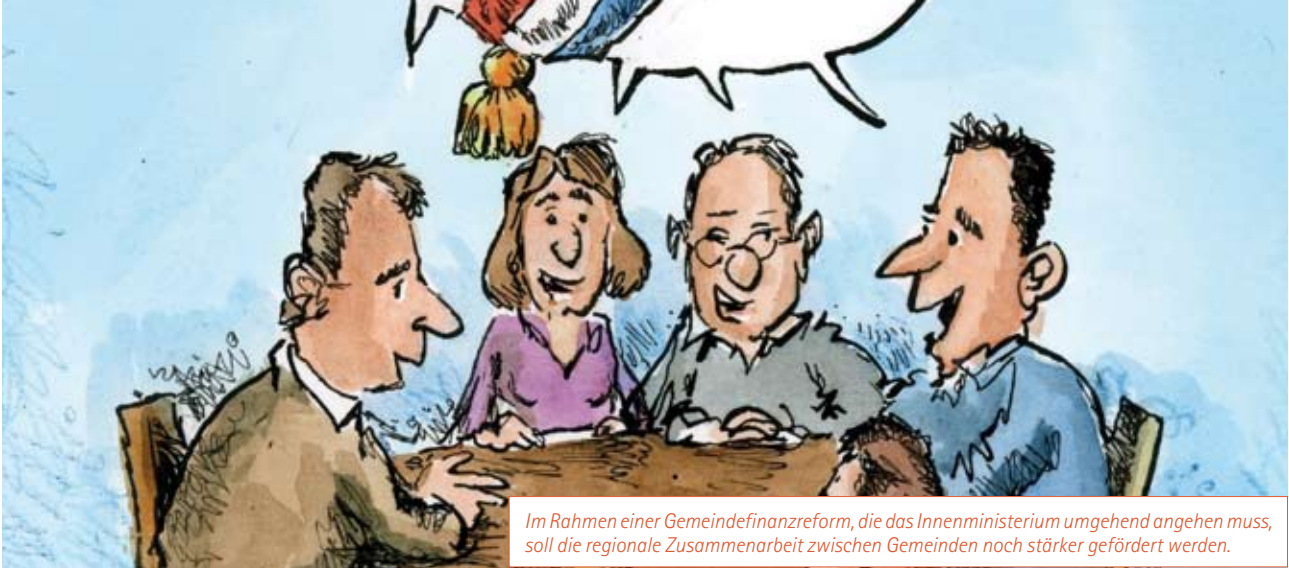
Sectoriel Transports (PST) qui est à mettre au point suite à l'élaboration du concept intégré des transports et du développement spatial (IVL), dans le cadre du programme directeur d'aménagement du territoire."

Wirtschaftsministerium: "Il examinera l'opportunité d'un plan sectoriel "zones d'activités" avec l'objectif d'augmenter les capacités d'accueil, d'accélérer l'aménagement des zones d'activités et de satisfaire aux besoins de réimplantation et d'extension des PME industrielles, artisanales et du secteur des technologies."

Wohnungsbauministerium: "Le plan sectoriel "Logement" sera finalisé dans les meilleurs délais. Il comportera un volet contraignant d'une certaine envergure devant permettre la mise en œuvre effective de sa composante programmatique."

In diesem Bereich ist natürlich vor allem das Landesplanungsministerium gefordert, aber ebenso die Ministerien für Wirtschaft, Wohnungsbau, Transport und Umwelt.





Im Rahmen einer Gemeindefinanzreform, die das Innenministerium umgehend angehen muss, soll die regionale Zusammenarbeit zwischen Gemeinden noch stärker gefördert werden.

Maßnahme 12 Reform der Gemeindefinanzen endlich wirklich angehen

Es besteht ein breiter gesellschaftspolitischer Konsens, dass die Gemeindefinanzen reformiert werden müssen. Bis dato läßt jedoch eine grundlegende Reform auf sich warten. Vielmehr versuchen sektorale Ministerien die Defizite der heutigen Finanzsituation durch isolierte Maßnahmen zu beheben (wie z.B. die sogenannte Kopfpauschale im Rahmen des "pacte logement" des Wohnungsbauministeriums). Dies ist widersinnig. Der Mouvement Ecologique erwartet, dass noch in dieser Legislaturperiode

- eine Arbeitsgruppe "Reform der Gemeindefinanzen" vom Innenministerium eingesetzt wird, die sich aus Gemeindevertretern usw. zusammensetzt;
- diese in einem festzulegenden Zeithorizont Vorschläge auf den Tisch legen soll, auf jeden Fall noch erste Ansätze vor den jetzigen Legislativwahlen.

Eine derartige Reform ist nicht zuletzt auch unerlässlich, will man einerseits der diskutierten Neueinteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Gemeinden gerecht werden und andererseits die regionale Zusammenarbeit fördern. Auch wenn die Neueinteilung der Kompetenzen zwischen Staat und Gemeinden eine unabdingbare Voraussetzung für die Reform der Gemeindefinanzen ist, lassen sich auch in Erwartung eines diesbezüglichen Konsensus jetzt schon die relevanten Leitlinien der Gemeindefinanzreform formulieren.

Im Rahmen dieser Reform sollten selbstverständlich auch Aspekte wie jene der Reform der Grundsteuer diskutiert werden.

In den Raum gestellt wurde diese Reform bereits mehrfach. Zitiert sei ebenfalls aus dem Koalitionsabkommen (Innenministerium): "*Les finances communales seront réorganisées après avoir défini la commune du 21^{ème} siècle et son rôle dans l'Etat. Elles tiendront compte des missions de base à accomplir par les communes et les recettes des communes seront rattachées plus étroitement aux recettes étatiques de manière à ce qu'une partie des revenus des communes puisse évoluer parallèlement aux revenus de l'Etat.*"

Auf dieser Ebene ist vor allem der Innenminister (und der Finanz- bzw. Budgetminister) gefordert.

Maßnahme 13 Rahmen für neue Bebauungspläne der Gemeinden entwickeln – modellhafte nachhaltige Siedlungen fördern

- Unterstützung der Gemeinden bei der Erstellung neuer Bebauungspläne

Gemäß dem neuen Gesetz betreffend die Bebauung müssen die Gemeinden bis 2010 neue Bebauungspläne erstellen, in denen zahlreichen Aspekten Rechnung getragen werden muss: vom Denkmalschutz über die Entwicklung im Wohnungsbau bis zu Versorgungsinfrastrukturen.

Es ist widersinnig, dass die einzelnen Gemeinden teilweise die Welt immer wieder neu erfinden müssen. Die sektoralen Ministerien sollten angehalten sein, die Gemeinden tatkräftig zu unterstützen bzw. Vorlagen zu erstellen. Das bedeutet z.B.

- die **Offenlegung des heutigen Standes der sektoriellen Pläne**: nur wenn die Gemeinden wissen, was auf nationaler Ebene geplant wird, können sie auch dazu beitragen, dass eine Harmonisierung zwischen den diversen Planungen erfolgt;

- Ggf. **Hilfestellung bei der Erstellung von "Basisdokumenten"** seitens des Staates: z.B. Auflistung schützenswerter Gebäude / Ensembles in den Ortschaften, Überarbeitung des Biotopkatasters (was positiverweise vom Umweltministerium in die Wege geleitet wurde) u.a.m.;
- **Minderung des Flächenverbrauchs** durch die Einführung eines nachhaltigen Flächenmanagements;
- noch verstärkter als bisher, über die legalen Vorgaben hinaus, den Gemeinden **Vorschläge** zu machen, inwiefern verstärkt Nachhaltigkeitselemente in die Bebauungspläne integriert werden können.

Hier ist eindeutig das Innenministerium gefordert, in Absprache mit anderen Ministerien aktiv zu werden.

- Förderung und Auszeichnung modellhafter Siedlungen aus der Sicht der Nachhaltigkeit

Die Chancen, die im kompakten Bauen liegen, die Attraktivität kompakter Bauformen, die Aufwertung sozialer Räume in neuen Siedlungszonen ... wurden in Luxemburg noch nicht ausreichend genutzt. Dabei liegen gerade hierin die Chancen für eine nachhaltige Siedlungsentwicklung.

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass das Innen- und Landesplanungsministerium – in enger Zusammenarbeit mit dem Umwelt- und dem Wohnungsbauministerium – einen Wettbewerb "flächensparendes und soziales Bauen und Wohnen" ausschreiben sollte. So kann besonders attraktiv für die Idee dieser zukunftsweisenden Bauformen geworben werden.



Der Mouvement Ecologique erwartet noch in dieser Legislaturperiode deutliche Akzente auf der Ebene der Mobilitätspolitik: vom Votum eines Gesetzes für den Bau der modernen Stadtbahn bis hin zur Entwicklung eines grenzüberschreitenden Mobilitätskonzeptes.

Neue Weichen in der Mobilität setzen

Eine zentrale Grundlage für die Gestaltung der Mobilität von morgen wird vor allem der bereits erwähnte sektorielle Plan "Transport" sein. Entscheidend wird sein, ob hier klare Prioritäten im Sinne des öffentlichen Transportes gesetzt werden, verbunden mit einer kurzfristigen Umsetzungsstrategie, wobei zusätzlich auch innovative Maßnahmen – wie eine Stadtbahn im Süden – aufgegriffen werden sollen. Darüber hinaus möchte der Mouvement Ecologique folgende Maßnahmen zusätzlich explizit anführen:

Maßnahme 14

Peripherbahnhöfe und moderne Stadtbahn schnellstens umsetzen – Klärung der Mobilitätsplanung auf der Ebene des Kirchbergs

- Fakt ist, dass augenscheinlich jeder die **Peripherbahnhöfe** will, jedoch deren konkrete Realisierung noch nicht wirklich abzusehen ist. Der Mouvement Ecologique erwartet, dass innerhalb der nächsten 6 Monate die Frage geklärt wird, wie u.a. die Finanzierung erfolgen soll. Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass die Peripherbahnhöfe mehr als reine "Bahnhaltstellen" sein sollen, sondern eine multimodale Plattform der Mobilität in den (neuen) Stadtvierteln darstellen müssen. Dies erfordert u.a. eine Integration in das urbane Konzept der jeweiligen Viertel, mit u.a. Versorgungsinfrastrukturen. Dieses anspruchsvolle Ziel kann sehr wohl durch eine phasenweise Realisierung im Rahmen eines urbanen Gesamtrahmens erreicht werden. Denn Dreh- und Angelpunkt der Mobilitätspolitik von morgen wird sowohl die Inwertsetzung und der Ausbau des Hauptbahnhofes der Stadt Luxemburg als auch der kurzfristige Bau der Peripherbahnhöfe nach Ausschreibung der jeweiligen Wettbewerbe sein.

- Was die **moderne Stadtbahn** betrifft, so ist der Mouvement Ecologique der Überzeugung, dass unbedingt alle Fakten offen auf den Tisch gelegt werden müssen. Der Mouvement Ecologique steht nach wie vor einer Eisenbahn-Anbindung Bahnhof-Findel-Kirchberg sehr kritisch gegenüber und erwartet, dass die in der Presse erwähnte Studie über die mangelhafte Rentabilität dieser Trasse wie versprochen Mitte März der Öffentlichkeit unterbreitet wird. Der Mouvement Ecologique steht weiterhin ohne Wenn und Aber hinter dem Konzept der modernen Stadtbahn durch das Stadtzentrum. Auch wenn es als politisches Signal notwendig wäre: Schienen werden wohl in dieser Legislaturperiode nicht mehr verlegt. Umso unerlässlicher ist es, dass das "GIE", bestehend aus dem Transportministerium und der Stadt-Luxemburg, das Detailkonzept offen legt und alle Modalitäten der Trassenführung, der Finanzierung und der Bewirtschaftung geklärt sind. In dieser Legislaturperiode muss des Weiteren nach Ansicht des Mouvement Ecologique noch das entsprechende Gesetzesprojekt verabschiedet werden und erste Ausschreibungen für den Bau erfolgen. Darüber hinaus erachtet es der Mouvement Ecologique als sinnvoll, im Rahmen des sektoriellen Planes Transport die Ausbaupotenziale der modernen Stadtbahn in die verschiedenen Regionen des Landes zu untersuchen.

- Der Norden des Landes muss effizienter mit dem öffentlichen Transport an das Plateau Kirchberg angebunden werden. Eine Lösung für den sich von der Nordstraße auf das Kirchberg ausschütten den Verkehr zu suchen, ist von höchster Dringlichkeit: diese darf aber nicht auf Kosten des Grünwaldes gehen und muss ebenfalls eine Gewichtung auf den öffentlichen Transport legen.

Das Transportministerium und die Stadt Luxemburg sind gefordert: um das Projekt der modernen Stadtbahn sowie der Peripherbahnhöfe voranzutreiben – und um eine Lösung der Mobilitätsprobleme auf Kirchberg in die Wege zu leiten.

Maßnahme 15

Strategieplan "grenzüberschreitende" Mobilität und grenzüberschreitenden Verkehrsverbund vorantreiben

Wissend, dass der grenzüberschreitende öffentliche Verkehr eine komplexe Aufgabe ist und wissend, dass er in den nächsten Jahren erheblich weiter zunehmen wird, müssen die diesbezüglichen Anstrengungen noch substantiell ausgebaut werden. Im Individualverkehr haben sich im Schengenraum die Grenzen aufgelöst, im öffentlichen Verkehr sind sie immer noch vorhanden und wirken wie Zollbeamte, die sich täglich im Bummelstreik befinden. Es ist die Aufgabe der luxemburgischen Regierung, auch im Rahmen des Vorsitzes zur Großregion, alle möglichen Anstrengungen zu unternehmen, um das Modal Split im grenzüberschreitenden Verkehr zu verändern, da dieser Verkehr vom Wirtschaftswachstum in Luxemburg angezogen wird. Übrigens wurden auch entsprechende Aussagen im Koalitionsabkommen gemacht: *"La mobilité transfrontalière influe de façon substantielle sur l'économie luxembourgeoise et la qualité de vie. Le gouvernement développera une stratégie ciblée permettant de relever de façon substantielle le modal split au niveau du trafic transfrontalier."*

Der Mouvement Ecologique ist der Überzeugung, dass seitens des Transportministeriums mit den Partnern aus der Grenzregion ein grenzüberschreitendes Mobilitätskonzept entwickelt werden muss – natürlich mit einer Schwerpunktsetzung auf den öffentlichen Transport (und warum nicht einer "Train-Tram" in der Grenzregion).



Seit Jahren wird davon gesprochen, Luxemburg als Standort für Umwelttechnologien zu entwickeln. Damit sollte endlich Ernst gemacht werden und eine Analyse erfolgen, wie dies in der Praxis aussehen könnte. Das Wirtschafts- und das Mittelstandsministerium sind hier gefordert.

Ökologie und Ökonomie stärker verknüpfen

Trotz aller Rhetorik, trotz aller genereller Absichtserklärungen im Rahmen des Koalitionsabkommens: in diesem Bereich hat sich recht wenig getan. Wie bereits erwähnt erfolgte noch kaum eine Verknüpfung zwischen Lissabon-Strategie und nachhaltiger Entwicklung und ähnlichem Mehr. U.a. folgende Akzente sollte diese Regierung noch setzen.

Maßnahme 16 Wirtschaftliche Zukunftsperspektive: Wie Luxemburg stärker als Umweltstandort valorisieren?

Man mag sie kaum noch hören, Aussagen wie folgende im Koalitionsabkommen der jetzigen Regierung: *"Sans écarter d'autres opportunités d'investissement étranger au Luxembourg, la promotion économique et la prospection d'entreprises se concentreront sur les secteurs d'activités suivants: (...) technologies environnementales."*

Derartige Zitate "geistern" seit mehreren Legislaturperioden in allen Koalitionsabkommen.

Es ist an der Zeit, dass das Wirtschaftsministerium Ideen vorlegt, wie u.a. auf der Grundlage der derzeitigen Wirtschaftsstruktur bzw. bestehender Betriebe in diesem Bereich dieses Ziel erreicht werden könnte.

Es ist bedauernd, dass in Luxemburg proaktive Maßnahmen, um Ökologie und Ökonomie zusammenzubringen, nicht ausreichend genutzt werden: z.B. Oeko-Audits, Contracting-Programme. Das Umwelt-, das Wirtschafts- und das Mittelstandsministerium sind gefordert.

Maßnahme 17 Förderprogramme, Audits, Contracting... Verstärkt konkrete Schritte zur Ökologisierung der Wirtschaft ergreifen

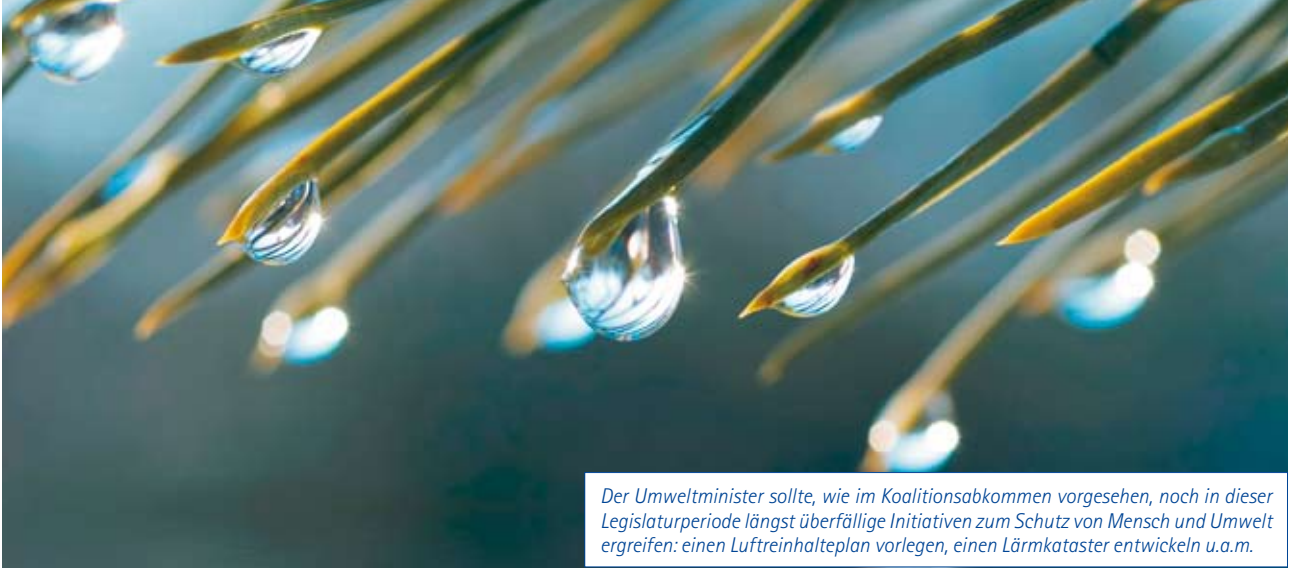
Die gleiche Anmerkung gilt für folgende Aussagen, ebenfalls aus dem Koalitionsabkommen der jetzigen Regierung: *"Le Gouvernement fixera des normes environnementales et lancera des programmes d'aides spécifiques en faveur des entreprises de haut niveau." sowie "En ce qui concerne le financement des investissements en faveur de la protection de l'environnement et des économies d'énergie, le cadre général des régimes d'aides en faveur des classes moyennes soutiendra dorénavant les efforts consentis par les entreprises en la matière."*

Das Wirtschafts- und Mittelstandsministerium sollen endlich loslegen und diese Programme erstellen, statt sie immer wieder im Koalitionsabkommen anzukündigen...!

Luxemburg ist eines der wenigen Länder, in dem kaum betriebliche Öko-Audits durchgeführt werden bzw. in welchem das Energie-"Contracting" noch unterentwickelt ist. Dieses Defizit wird seit Jahren bedauert, auch im Koalitionsabkommen werden in diesem Sinne wieder Initiativen angeregt, jedoch passiert in der Praxis kaum etwas.

Das Umweltministerium sollte sich gemeinsam mit dem Wirtschafts- und Energieministerium das Ziel setzen, in diesem Bereich endlich aktiv zu werden: offensiv Betriebe (ggf. mit Förderprogrammen bzw. spartenspezifisch) auf Audits anzusprechen, mit Akteuren versuchen verstärkt Contracting-Initiativen aufzubauen.





Der Umweltminister sollte, wie im Koalitionsabkommen vorgesehen, noch in dieser Legislaturperiode längst überfällige Initiativen zum Schutz von Mensch und Umwelt ergreifen: einen Luftreinhalteplan vorlegen, einen Lärmkataster entwickeln u.a.m.

Konkrete umweltpolitische Maßnahmen treffen – Wasserschutz vorantreiben

Maßnahme 18 Umweltpolitik – ernst machen mit konkreten Maßnahmen

Klimaschutz ist in, doch darüber hinaus gibt es weitere Umweltthemen, denen man sich ebenfalls verstärkt widmen sollte. Erwähnenswert sind u.a. folgende:

– Erstellung eines Luftreinhalteplanes

Gemäß Koalitionsabkommen (Umweltministerium) sollen in dieser Legislaturperiode Luftreinhaltepläne (Strategien mit Reduktionsmaßnahmen) erstellt werden: *"Le Gouvernement s'engage à établir un plan national de protection de l'air avec cahier de mesures subséquent."*

Dies ist unerlässlich, um auch in unserem Land die an verschiedenen Stellen bedenkliche Luftqualität verbessern zu können (Stichworte: stark befahrene Straßen, besondere Belastungen je nach Wetterlage, Sommersmog, Feinstaubbelastung...).

Der Mouvement Ecologique erachtet es als äußerst wichtig, dass das Umweltministerium noch in dieser Legislaturperiode einen entsprechenden Plan mit Aktionsvorschlägen vorlegt.

– Lärmkataster vorlegen

Ähnliches gilt für den Lärmbereich. Das Koalitionsabkommen sagt hierzu: *"Il en sera de même pour une politique de réduction des émissions sonores, dans ce contexte un "cadastre du bruit" sera établi et un programme d'action de réduction des émissions sonores établi. Le Gouvernement entend revoir la législation sur le bruit."*

Der Umweltminister ist gefordert einen derartigen Lärmkataster mit Aktionsplan vorzulegen.

Luxemburg braucht endlich ein Gesetz zum Schutz des Bodens: auch hier ist der Umweltminister gefordert.



– Erstellung eines Bodenschutzgesetzes

Auch in diesem Bereich spricht das Koalitionsabkommen eine klare Sprache: *"Dans le but d'assurer une protection efficace du sol, le Gouvernement élaborera les instruments juridiques et politiques nécessaires en la matière, notamment une législation spécifique concernant la protection du sol, comportant à la fois des aspects qualitatifs et quantitatifs."*

Auch hier ist der Umweltminister gefordert, einen ersten Entwurf vorzulegen.

– Umsetzung neuer Abfallwirtschaftspläne

Die Abfallwirtschaftspläne werden derzeit überarbeitet, was positiv zu werten ist. Wichtig wäre es noch in dieser Legislaturperiode konkrete Maßnahmen, vor allem auf der Ebene der Vermeidung, darzulegen. Darüber hinaus gilt es unbedingt nicht nur Analysen der Altlasten durchzuführen, sondern vielmehr auch Sanie-

rungsmaßnahmen mit entsprechenden Finanzierungsmodellen. Zitiert sei aus dem Koalitionsabkommen: *"Le cadastre des anciens sites pollués sera finalisé et un concept d'assainissement et de financement sera établi. Conformément à la loi le Gouvernement mettra en œuvre un programme pluriannuel d'assainissement tout en appliquant le principe pollueur-payeur. L'opportunité de l'introduction d'un système de responsabilité civile en matière de contamination et de création d'un fonds de garantie sera analysée."*

– Organischen "Abfall" als Biomasse stärker nutzen

Der Mouvement Ecologique steht der Nutzung von Energiepflanzen äußerst skeptisch gegenüber, nur unter sehr restriktiven Bedingungen ist deren Nutzung sinnvoll (siehe spezifische Stellungnahme dazu). Als viel wichtiger erachtet der Mouvement



Luxemburg braucht einen Aktionsplan Biomasse - dabei sollte vor allem die effiziente Verwertung von Abfällen (Grünschnitt, organische Abfälle ...) in dezentralen Anlagen gewährleistet werden. Am Umweltminister hier Klartext zu sprechen.

Ecologique, dass endlich Abfälle in dezentralen Biogasanlagen genutzt werden können: Grünschnitt, "Abfälle" der Landschaftspflege im Allgemeinen, gewisse Althölzer, diverse organische Abfälle.

Diese Nutzung in dezentralen Anlagen verhindert derzeit das Umweltministerium / die Verwaltung jedoch eher, da sie deren Valorisierung in dezentralen Anlagen kaum zulassen. Hier gilt es endlich Klartext zu sprechen, im Sinne einer verstärkten Nutzung dieser Abfälle in dezentralen Anlagen.

Das Umweltministerium muss hier endlich aktiv werden und umgehend die organische Abfallnutzung im Biomasse-Bereich regeln.

Im übrigen wurde dies auch bereits im Koalitionsabkommen festgehalten: "*L'utilisation énergétique de la biomasse, notamment des déchets organiques, déchets de bois, huiles ménagers sera favorisée.*"

- IPPC-Direktive korrekt anwenden, vor allem auf der Ebene der ARBED – Kommodo-Genehmigungen systematischer angehen

Wie der Mouvement Ecologique bereits mehrfach hervorgehoben hat, sind be-

stimmte Regionen des Südens zu hohen Emissionen bzw. Immissionen ausgesetzt. Der Mouvement Ecologique erwartet, dass das Umweltministerium im Rahmen der Umsetzung der IPPC-Direktive der Arcelor/Mittal-Gruppe neue und strengere Umwelt-Auflagen auferlegt.

Darüber hinaus gälte es endlich eine Strategie im Bereich der Betriebsgenehmigungen in die Wege zu leiten. Neben der Berücksichtigung der spezifischen Umweltsituation müssen die Bereiche "Überwachung der Immissionssituation", "vorzusehende Ersatzlösungen" sowie "Folgen der Schadstoffemissionen auf Gesundheit und Umwelt" endlich Bestandteil jeder neuen Betriebsgenehmigung sein. Dies erfordert, dass sich das Gesundheitsministerium aktiv an der Aufstellung der Betriebsgenehmigungen beteiligt.

- Legalisierung des Flughafenareals herbeiführen

Das Flughafenareal verfügt nach wie vor nicht über eine gültige Betriebsgenehmigung für das Gesamtareal. Es würde der Regierung gut zu Gesicht stehen, wenn sie, losgelöst von jedweden gerichtlichen Vorgaben, diese illegale Situation endlich bereinigen würde.

Maßnahme 19 Wasserrahmenrichtlinie endlich umsetzen

Für den Mouvement Ecologique ist es schwer nachvollziehbar, an was die zügigere Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie derzeit scheitert. Der Mouvement Ecologique erwartet, dass die wesentlichen Fragestellungen auf der Ebene des Wasserschutzes (Schutz von Trinkwasserquellen, Preisgestaltungen, Strukturen ...) endlich offen thematisiert werden.

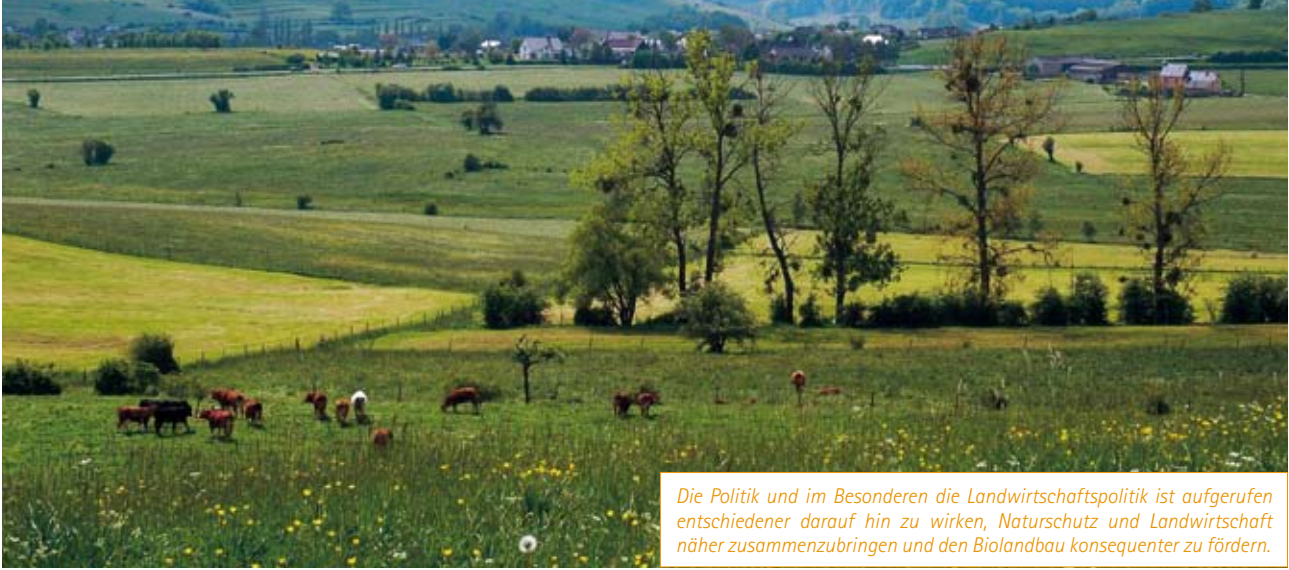
Es ist absolut nicht sinnvoll, derzeit diese Debatte auf die Abgeordnetenkammer zu begrenzen, die versucht ein Gesetzesprojekt abzuändern, das zu wesentlichen Fragestellungen kaum Antworten gibt. Es gilt vielmehr die strittigen Grundsatzfragen kontradiktorisch zwischen allen interessierten Akteuren...

Das Innenministerium ist gefordert, endlich die zentralen Fragen offen zu thematisieren und strukturiert anzugehen.

Desweiteren bedarf es der Überarbeitung des Nitratreglementes sowie effizienter landwirtschaftlicher Wasserschutzmaßnahmenprogramme.

Der Innenminister muss in Luxemburg endlich gewährleisten, dass über die wichtigen Fragen im Wasserwirtschaftsbereich gesprochen wird: Was die Kompetenzen und Strukturen angeht. Wie die Trinkwasserquellen effizient geschützt werden können. Wie der Wasserpreis sich in Zukunft zusammensetzen soll...





Die Politik und im Besonderen die Landwirtschaftspolitik ist aufgerufen entschiedener darauf hin zu wirken, Naturschutz und Landwirtschaft näher zusammenzubringen und den Biolandbau konsequenter zu fördern.

Akzente in der Zusammenarbeit Landwirtschaft / Naturschutz setzen

Maßnahme 20

Naturschutz: Landschaftspflegeprämie überarbeiten – nationalen Aktionsplan umsetzen – Jagdgesetz reformieren

Dem sektoriellen Plan geschützte Landschaften misst der Mouvement Ecologique eine hohe Bedeutung zu, ebenso der Reform der Forstverwaltung. Darüber hinaus seien folgende weitere Initiativen spezifisch erwähnt:

- Landschaftspflegeprämie reformieren

Vor gut einem Jahr hatten Naturschutzsyndikate, Umweltverbände... gemeinsam gefordert, die Erteilung der Landschaftspflegeprämie sollte an Mindestauflagen (im Bereich Gewässer- und Landschaftsschutz) gebunden werden. Ebenso wurde eine sogenannte Landschaftspflegeprämie+ gefordert, wobei Landwirte, die besondere Anstrengungen im Naturschutzbereich unternehmen, verstärkt unterstützt werden sollten. Zumindest letztere Forderung fand damals die Zustimmung der diversen Ministerien. Trotzdem wurde sie nicht umgesetzt! Der Mouvement Ecologique bedauert, dass das Landwirtschaftsministerium nicht offensiver diese Partnerschaft zwischen Naturschutz und Landwirtschaft angeht.

Im Koalitionsabkommen finden sich jedoch zahlreiche Zitate, dass Naturschutz und Landwirtschaft enger zusammengeführt werden sollen. Die Landschaftspflegeprämie+ wäre hierzu ein optimales Instrument.

Die sich derzeit auf dem Instanzenweg befindliche Landschaftspflegeprämie bedarf dringend einer Überarbeitung. Der Mouvement Ecologique erwartet deshalb, dass das Landwirtschafts- und das Umweltministerium hier endlich Klartext sprechen und dieses Instrument auch entsprechend juristisch verankern.

- Nationalen Naturschutzplan vorantreiben

Darüber hinaus ist es positiv zu werten, dass ein nationaler Naturschutzplan erstellt wurde. Allerdings gälte es diesen nun auch verstärkt in der Praxis umzusetzen. Der Mouvement Ecologique würde es begrüßen, wenn diese Planungen weiterhin offensiv vorangetrieben würden.

- Felderzusammenlegung stärker an Naturschutzkriterien orientieren

Die Felderzusammenlegung (auch auf der Ebene der Weinberge) ist seit jeher äußerst problematisch. Der Mouvement Ecologique erwartet, dass hier Naturschutzaspekte wieder stärker in den Vordergrund gestellt werden, und eine bessere Kontrolle der Auflagen erfolgt.

- Jagdgesetz reformieren

Der Mouvement Ecologique erwartet zudem, dass das in Ausarbeitung befindliche Jagdgesetz sehr kurzfristig vorgestellt wird, da es andernfalls in dieser Legislaturperiode kaum noch zum Votum kommen kann.

Maßnahme 21

Politisches Bekenntnis zum Biolandbau – raus aus dem "Label-Dschungel" im konventionellen Landbau!

Auf der Ebene der Landwirtschaft befinden sich zwei, aus der Sicht des Mouvement Ecologique, besonders interessante Aussagen im Koalitionsabkommen.

- Einerseits zum Thema "Labels": *"Afin que le consommateur dispose d'une information intelligible pour guider son choix, le Gouvernement veillera à assurer une meilleure cohérence entre les différents labels et signes d'identification des produits agricoles*

portant sur la qualité, l'origine et le mode de production, notamment par la fixation de critères de qualité et de production clairs et précis assurant la plus grande transparence." Der Mouvement Ecologique ist in der Tat der Überzeugung, dass es umgehend gilt eine Harmonisierung der Label herbeizuführen, und auch den Stellenwert der regionalen Qualitätslabels, wie den Naturparken, zu klären. **Das Landwirtschaftsministerium ist gefordert endlich zu handeln, denn diese Maßnahme wird seit Jahren verschleppt.**

- Aber fast noch spannender ist eine weitere Aussage: *"La production de produits de qualité, obtenus dans le respect de l'environnement naturel et du bien-être des animaux et valorisant les terroirs est un atout et un facteur de compétitivité dans un marché élargi et exigeant. A cet égard la production biologique et les productions de diversification basées notamment sur un savoir-faire ancestral constitueront des démarches à encourager."*

Der Mouvement Ecologique bedauert zutiefst, dass diese Regierung erneut nicht weitaus konsequenter für den Biolandbau eintritt.

Nichts hindert den Landwirtschaftsminister daran, hier endlich Klartext zu sprechen und offensiv vor allem die Biolandwirtschaft (auch aus Klimaschutzsicht) als besonders zukunftsträchtig herauszustellen. Nichts verhindert eine stärkere Förderung, nichts verhindert auch das Erziehungs- und Familienministerium in öffentlichen Lastenheften im Bereich der Gemeinschaftsverpflegung Bioprodukten den Vorrang zu geben!



Der Stellenwert des Denkmalschutzes muss in Luxemburg erhöht werden. Es ist am Kulturministerium, gemeinsam mit Fachleuten einen Aktionsplan zu erstellen (Bestandsaufnahme der wertvollen Kulturgüter mit klaren Zielsetzungen zum Erhalt und zur Pflege), die Denkmalschutzbehörde aufzuwerten und einen Verantwortlichen im Kulturministerium für diese Aufgabe freizustellen.

Endlich eine kohärente Denkmalschutzpolitik in die Wege leiten

Maßnahme 22

Denkmalschutz – endlich einen konkreten Aktionsplan mit Zielen und Prioritäten entwickeln / Zuständigkeiten festlegen – zuständige Behörde aufwerten

In den nächsten Wochen wird die Abgeordnetenkammer wohl ein aus der Sicht des Mouvement Ecologique völlig unbefriedigendes neues Denkmalschutzgesetz verabschieden. Denn leider wurde seitens der Abgeordnetenkammer verpasst, ein schlagkräftiges Instrument zu entwickeln, in dem klare Prioritäten und Strukturen festgelegt wurden.

Dieser Umstand ist sicherlich sehr bedauerlich.

Umso wichtiger wäre es, daß – unabhängig von der gesetzgeberischen Arbeit – im Kulturministerium endlich der politische Wille entsteht, um den Denkmalschutz voranzutreiben. Dies bedeutet u.a.:

- **Einstellung eines Verantwortlichen für Denkmalschutz im Kulturministerium:** Auf der Ebene des Kulturministeriums sollte ein Fachmensch ausschließlich für den Bereich Denkmalschutz zuständig sein. Dies ist zur Zeit nicht der Fall.
- **Klärung der Rolle der Denkmalschutzbehörde:** Der Mouvement Ecologique tritt für eine konsequente Aufwertung der Behörde ein.
- **Schaffung eines wissenschaftlichen Beirates** (ähnlich dem "observatoire" im Naturschutzbereich): in diesem sollten Experten gemeinsame Leitlinien für den Denkmalschutz entwickeln.
- **Erstellung eines "nationalen Planes Denkmalschutz und -pflege":** Damit der Denkmalschutz endlich aus der reaktiven Haltung herauskommt, sollte das Kulturministerium einen nationalen Plan erstellen: dieser sollte eine Prioritätenliste der schützenswerten Objekte enthalten, ebenso wie klare Zielvorgaben, Umsetzungsinstrumente und einen Zeithorizont zur Umsetzung.

Dem Schutz des Hochofenareals auf Esch-Belval misst der Mouvement Ecologique einen besonderen Wert bei: dieser soll in seiner Funktionalität als industriegeschichtliches Kulturgut erhalten bleiben. Doch auch auf anderer Ebene muss das Kulturministerium endlich seine Verantwortung übernehmen: Meysembourg darf nicht weiter verfallen, das gallo-römische Theater in Dalheim gilt es endlich aufzuwerten u.a.m.

Entsprechende Vorgaben findet man übrigens auch teilweise im Koalitionsabkommen (Kulturministerium): *"Dans une visée de développement durable et de conservation du patrimoine national, un inventaire des zones et objets protégés sera entrepris en vue d'élaborer un plan pluriannuel d'ensemble pour sa protection et sa mise en valeur. Le projet de loi concernant la protection des sites et monuments nationaux sera finalisé."*



Würde Luxemburg über einen Aktionsplan "Denkmalschutz" verfügen, so wären wir heute nicht in der Situation, dass die einmalige Hochofenanlage in Esch-Belval Gefahr laufen würde, zerstört zu werden. Es gilt dieses wertvolle industriegeschichtliche Kulturgut in seiner Funktionalität zu erhalten.



Die aktuelle Regierung sollte noch in dieser Legislaturperiode Initiativen ergreifen, um endlich den Zugang des Bürgers zu Informationen zu verbessern sowie das ehrenamtliche Engagement zu erleichtern.

Demokratie vorantreiben

Maßnahme 23 Aktionsplan "Umsetzung der Aarhusdirektive": vom Informationsrecht der BürgerInnen bis zur Stärkung des Klagerechtes

Luxemburg war verpflichtet die sogenannte Aarhus-Konvention und die diesbezüglichen EU-Direktiven umzusetzen. Diese räumen den BürgerInnen weitgehende Informationsrechte ein, oblegen der öffentlichen Hand eine verstärkte Informationspflicht und stärken das Klagerecht. Wohl wurde die Konvention als solche in der Theorie "telle quelle" in Luxemburger Recht umgesetzt, doch bis dato hat sie kaum Eingang in die diversen einzelnen Gesetzestexte oder aber gar in die Praxis gefunden.

Nach wie vor:

- fehlt es in der Mehrzahl der Gesetze (auch in neueren) an klaren Vorgaben zur Umsetzung der Informationspflicht der öffentlichen Hand gegenüber dem Bürger: Es scheint, als ob nicht einmal ansatzweise überlegt worden wäre, wie welche Verwaltung ihrer Aufgabe gerecht werden kann;
- ist das Klage- und Rekursrecht unzufriedenstellend geregelt;
- übernimmt der Staat in der Praxis nur sehr begrenzt eine offensive Informationspflicht gegenüber dem Bürger;

- wurden die Gemeinden seitens des Staates und weitere parastaatliche Akteure, die ebenfalls von "Aarhus" betroffen sind, kaum proaktiv über ihre neuen Aufgaben informiert;
- wurde de facto kaum überlegt, welche Veränderungen auf Verwaltungsebene notwendig sind, damit Staat und Gemeinden überhaupt über die erforderlichen Kapazitäten verfügen, um ihre Pflicht wahrnehmen können.

Es wäre die Rolle des Kommunikationsministeriums sowie des Umweltministeriums gemeinsam bestehende Gesetze zu durchforsten, inwiefern Abänderungen in diesen erforderlich sind. Am Kommunikations- gemeinsam mit dem Innenministerium die Staatsverwaltungen für ihre neue Aufgaben auszurüsten, ebenso wie Strategien mit den Gemeinden und sonstigen Akteuren zu entwickeln.

An mehreren Stellen des Koalitionsabkommens wird der Dialog mit dem Bürger sowie der Zugang zu Informationen als Ziel der jetzigen Regierung angegeben. Auf der Ebene des Staatsministeriums ist darüber hinaus zu lesen: *"Le Gouvernement continuera les travaux en vue d'un projet de loi réglant l'accès des citoyens aux documents administratifs susceptibles d'être communiqués au public."*



Maßnahme 24 Entwicklung von konkreten Vorstellungen zum "congé associatif"

Derzeit wird massiv darüber diskutiert, welche Freistellung Bürgermeister erhalten sollen, damit sie ihrer Aufgabe überhaupt noch gerecht werden können. Angesichts des Zuwachses der Aufgaben für Bürgermeister, erachtet der Mouvement Ecologique eine derartige Vorgehensweise durchaus als sinnvoll.

Doch nicht nur die institutionalisierten Strukturen sollten überdacht werden. Auch über die verstärkte Einführung des "congé associatif" sollte nachgedacht werden. Hierbei geht es darum, dass – ähnlich wie bei der Feuerwehr – engagierte BürgerInnen u.a. in gesellschafts(politischen) Organisationen zeitbegrenzt von ihrer Arbeit freigestellt werden können. Es handelt sich dabei um eine äußerst bescheidene Stundenzahl, die vor allem die Teilnahme an Sitzungen ermöglichen (zahlreiche offizielle Sitzungen mit Ministerien u.a. sind innerhalb der Arbeitszeiten) sowie eine gewisse Weiterbildung gewährleisten soll. Es versteht sich von selbst, dass grundsätzlich die Arbeit weiterhin auch auf ehrenamtlicher Basis und in der Freizeit erfolgen soll; eine gewisse Freistellung ist jedoch unerlässlich. Der "congé associatif" wäre zudem nicht zuletzt eine symbolische Anerkennung der Arbeit des Ehrenamtes.

Das Umweltministerium sollte gemeinsam mit dem Familienministerium alle Akteure zusammenrufen und erste Vorschläge auf den Tisch legen, die ggf. im Vorfeld der Wahlen thematisiert werden könnten, so dass Umsetzungsschritte im nächsten Koalitionsabkommen festgehalten werden können.



Ein Konzept wird gebraucht, damit EU-Themen in Luxemburg offensiver besprochen werden können und überlegt wird, wie eine Zivilgesellschaft in Diskussionsprozesse eingebunden sowie BürgerInnen besser informiert werden können.

EU – Entscheidungen und Debatten näher am Bürger gestalten

Maßnahme 25 Aktionsplan EU entwickeln

Fakt ist, dass es nach den doch spannenden Debatten rund um den Verfassungsvertrag eher ruhig geworden ist um die Fragestellungen, wie BürgerInnen und Bürger, die Zivilgesellschaft aber auch eine Abgeordnetenversammlung stärker in EU-Dossiers einbezogen werden könnten.

Deshalb tritt der Mouvement Ecologique dafür ein, dass die jetzige Regierung einen Aktionsplan EU entwickelt, damit ihn die nächste Regierung umsetzen kann. Er sollte u.a. folgende Elemente beinhalten:

- Gemeinsam mit der Zivilgesellschaft ein Konzept entwickeln, damit es diesen ermöglicht wird, sich stärker in EU-Fragen einzubringen;
- verbesserte Information über europäische Fragestellungen, im Vorfeld von Entscheidungen (Infos über Stellungnahmen Luxemburgs im Vorfeld von Direktiven u.a.m.), u.a. auch der "service des médias" ist hier gefordert;
- mittels objektiver Kriterienliste regeln, welche Entscheidungsprozesse auf Luxemburger Ebene im Vorfeld einer EU-Debatte zu respektieren sind (u.a. Einbindung der Abgeordnetenversammlung).

Ihre Spende für Mensch, Natur und Umwelt!

Dieses Dossier und andere Aktionen von Mouvement Ecologique und OekoZenter Lëtzebuerg zum Thema "Nachhaltige Entwicklung" sind nur möglich dank den Spenden zahlreicher Personen.

Von den Ideen zur konkreten Umsetzung

Vernetztes Denken fördern, Wirtschaft und Ökologie miteinander verbinden, Ideen für eine zukunftsweisende Mobilität unterstützen, Umweltbildung, nachhaltige Siedlungspolitik: Mit Ihrer Spende unterstützen Sie wichtige Pilotprojekte!

Für mehr Lebensqualität

Die Stiftung Öko-Fonds ist eng mit dem "OekoZenter Lëtzebuerg" und dem Mouvement Ecologique verbunden und unterstützt vor allem Projekte dieser beiden Vereinigungen sowie Jugendprojekte.

So kann die Stiftung Öko-Fonds das Spendenaufkommen optimal einsetzen im Hinblick auf einen gesellschaftlichen Fortschritt unter Berücksichtigung von nachhaltigen Kriterien und gleichzeitiger Steigerung der Lebensqualität.

Unterstützen auch Sie unsere Arbeit mittels Einzelspende oder Dauerauftrag mit dem Vermerk "Nachhaltige Entwicklung".

Auch bei Geburten, Geburtstagen, Hochzeit oder Todesfall bietet sich Ihnen die Möglichkeit Spenden an die Stiftung Öko-Fonds zu übermitteln. Spenden an die Stiftung sind steuerlich absetzbar!

Für weitere Informationen können Sie uns gerne kontaktieren:
Tel.: 43 90 30 - 50 / oekofonds@oeko.lu / www.oeko.lu.

Spendenkonten:

CCPL: LU96 1111 0734 1886 0000 BCEE: LU31 0019 1100 4403 9000

Öko-Fonds. Am Déngscht vu Mënsch an Ëmwelt.

**OKO
FONDS**